

Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick

**Book Part — Published Version**

## Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004 - 2008

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick (2007) : Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004 - 2008, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2007, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 67-76

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4005>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Lohnanstieg und Konjunktur in Deutschland 2004–2008

Jonas Dovern und Carsten-Patrick Meier\*

## Zusammenfassung:

*Modellrechnungen zeigen, dass der gegenwärtige konjunkturelle Aufschwung in Deutschland maßgeblich auf die deutliche Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren zurückzuführen sein dürfte. Der Aufschwung erhält auch gegenwärtig noch Impulse durch die zurückliegende Lohnzurückhaltung. Durch eine Fortsetzung der Arbeitsmarktreformen könnte die Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass der Lohnauftrieb in den kommenden Jahren niedrig bleibt, die Arbeitslosigkeit weiter sinkt und die hohe gesamtwirtschaftliche Dynamik anhält.*

## Einleitung

---

In den vergangenen drei Jahren sind die Arbeitskosten in Deutschland ausgesprochen moderat gestiegen. Das Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten erhöhte sich im Durchschnitt der Jahre 2004, 2005 und 2006 nur um 0,3 Prozent pro Jahr, je Beschäftigtenstunde stieg es sogar nur um 0,1 Prozent (Abbildung 1). Rechnet man den Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts dagegen, so ergibt sich für den genannten Zeitraum ein durchschnittlicher Rückgang der realen Arbeitskosten je Stunde um 0,4 Prozent pro Jahr. Im Fünfjahreszeitraum zuvor hatte die durchschnittliche jährliche reale Zunahme 1,5 Prozent betragen; auch wenn man seit der Mitte der 90er Jahre rechnet ergibt sich ein Anstieg in dieser Größenordnung.<sup>1</sup>

Das äußerst geringe Lohnplus der Jahre 2004–2006 könnte im Wesentlichen eine Reaktion auf die eingetrübten übrigen makroökonomischen Rahmenbedingungen in dieser Zeit gewesen sein. Immerhin war der Produktionsanstieg in diesem Zeitraum und davor gering, und die Arbeitslosigkeit war hoch. Es könnten aber auch andere Faktoren dazu beigetragen haben, den Lohnanstieg zu dämpfen. Boss et al. (2007) kommen zu dem Schluss, dass es in den vergangenen Jahren strukturelle Veränderungen am deutschen Arbeitsmarkt gegeben hat. Ihrer Analyse zufolge sind die Arbeitsanreize durch verschiedene Maßnahmen gestärkt worden; etwa durch die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die tendenzielle

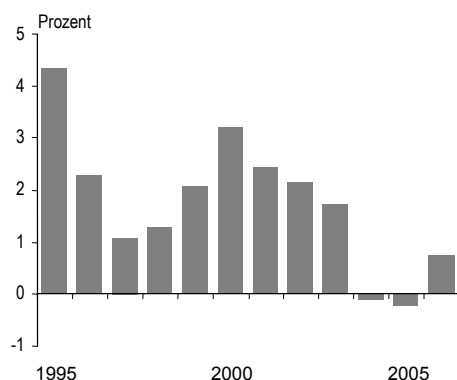
---

<sup>1</sup> Gelegentlich wird mit Blick auf die Entwicklung der Lohnstückkosten die These vertreten, Lohnzurückhaltung sei in Deutschland nicht erst seit 2004 zu beobachten, sondern spätestens seit Mitte der 90er Jahre. Tatsächlich sind die Lohnstückkosten auf Stundenbasis zwischen 1995 und 2003 geringfügig gefallen – um durchschnittlich 0,3 Prozent pro Jahr. Allerdings sind die Lohnstückkosten ein fragwürdiger Indikator für Lohnzurückhaltung, da die Produktivitätsentwicklung selbst zum Teil ein Reflex der Lohnentwicklung ist. Zwischen 2004 und 2006 gingen die Lohnstückkosten durchschnittlich um 1,8 Prozent pro Jahr zurück. Damit markiert dieser Zeitraum auch auf Basis dieses Indikators eine Zäsur im Lohnsetzungsprozess.

---

\* Die Autoren danken Alfred Boss, Klaus-Jürgen Gern und Joachim Scheide für viele hilfreiche Anregungen.

Abbildung 1:  
Anstieg der effektiven Stundenlöhne 1995–2006<sup>a</sup>



<sup>a</sup>Zunahme der Bruttolöhne und Gehälter je geleistete Beschäftigtenstunde gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Kürzung von Leistungen im Zuge der Einführung des Arbeitslosengeld II, die drei Stufen der Einkommensteuerreform, etc. Hinzu kam die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts durch die Ausweitung der Zeitarbeit sowie der erhöhte internationale Wettbewerbsdruck im Zuge der Globalisierung.

In Ländern mit anhaltender Massenarbeitslosigkeit, zu denen Deutschland zählt, ist Zurückhaltung beim Lohnanstieg grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere wenn diese nicht nur rein zyklisch bedingt ist. Der überwiegende Teil der Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfte struktureller Natur und damit letztlich darauf zurückzuführen sein, dass das tatsächliche reale Lohnniveau auf dem Arbeitsmarkt das marktträumende Niveau übersteigt; vielfach ist eine mangelnde Differenzierung des Lohnanstiegs nach Qualifikation, Branche und Region in der Vergangenheit die Ursache dafür. Dahinter dürften allerdings Fehlanreize stehen, die im wohlfahrtsstaatlichen System begründet liegen und die zur Folge haben, dass die Relation von Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu Einkommen aus Nichterwerbstätigkeit bzw. bei Arbeitslosigkeit zu niedrig ist.<sup>2</sup> Bleibt ausgehend

<sup>2</sup> Phelps (1997) und Phelps und Zoega (1998) beschreiben die Ursachen der strukturellen Arbeitslo-

von einer solchen Situation hoher struktureller Arbeitslosigkeit der Lohnanstieg hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurück, etwa weil sich durch Reformen im sozialen Sicherungssystem die Relation von Erwerbseinkommen zu Nichterwerbseinkommen verringert hat, so vermindert sich die Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem marktträumenden Lohnniveau, die Arbeitsnachfrage steigt und die Arbeitslosigkeit wird abgebaut. Sind die durch die Reformen angestoßenen Veränderungen der Relation von Erwerbseinkommen zu Nichterwerbseinkommen ausgeprägt genug, so könnte die Lohnzurückhaltung so stark sein und/oder solange anhalten bis „Vollbeschäftigung“ erreicht ist.<sup>3</sup> Im letzteren Fall würde sich die

sicherheit. Danach führte die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates in den 60er und frühen 70er Jahren zu einer Entwertung von Lohneinkünften in Relation zu Transferleistungen. Der Anstieg der gesetzlichen Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, aber auch auf Krankenversicherungsleistungen, Unterstützung für Kinder und für Eltern im Pensionsalter, Wohngeld und Sozialwohnungen sowie unentgeltlicher Zugang zu Bildungseinrichtungen und die Möglichkeit der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ließen ein umfassendes soziales Netz entstehen, das den Arbeitnehmern ein bis dahin in diesem Maße unbekanntes Rückhalt bot. Die ökonomische Folge war eine Verringerung des effektiven Arbeitsangebots, die direkt oder indirekt (durch mehr Fehlzeiten, häufigere Wechsel des Arbeitsplatzes, „shirking“, etc.), die Arbeitskosten erhöhte, sei es, weil die Lohnforderungen stiegen, sei es weil die Arbeitgeber aus Anreizüberlegungen nun höhere Löhne zahlen mussten. Konsequenz war in jedem Fall eine Abnahme der Arbeitsnachfrage, die möglicherweise durch strengere Kündigungsschutzregeln, die eine Erhöhung der Einstellungskosten implizierten, noch verstärkt wurden. Die Steuer- und Abgabenerhöhungen, die notwendig wurden, um die Ausweitung des Wohlfahrtsstaats zu finanzieren, führten zu einem weiteren Anstieg der Lohnforderungen bzw. verhinderten, dass sich die Lohnansprüche der Arbeitnehmer nach den negativen makroökonomischen Schocks der siebziger und achtziger Jahre hinreichend anpassten. Durch den längeren Verbleib in Arbeitslosigkeit kommt es zudem bei einem Teil der Arbeitslosen zu einer Entwertung ihres Humankapitals deren Konsequenz ein noch längeres Verbleiben in der Arbeitslosigkeit ist (vgl. z. B. Ljungqvist und Sargent 1998). Zu den Bestimmungsgründen der strukturellen Arbeitslosigkeit vgl. auch Nickell (1998) und Layard und Nickell (1999).

<sup>3</sup> Nimmt man Länder mit relativ flexiblen Arbeitsmärkten, wie etwa die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, aber auch Dänemark, die Niederlande oder Österreich zum Maßstab, so ließe sich

strukturelle Arbeitslosigkeit verringern, Produktionspotential und Einkommen würden steigen.

Allerdings teilen viele Ökonomen die dargestellte Position vornehmlich als Beschreibung des langfristigen Anpassungsprozesses von Massenarbeitslosigkeit zu Vollbeschäftigung (vgl. z.B. Sachverständigenrat 2004: 501ff.; IMF 1999). Hinsichtlich der kurzfristigen Wirkungen von Lohnzurückhaltung auf Produktion und Beschäftigung divergieren die Ansichten stärker. Tatsächlich sehen einige Ökonomen die Gefahr, dass Lohnzurückhaltung die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte drückt und damit den privaten Konsum und die Binnennachfrage dämpft; mit insgesamt negativen Auswirkungen auf die Konjunktur und ggf. sogar längerfristig schädlichen Effekten (Sachverständigenrat 2004: 507ff.). Aus diesem Grund gehen auch die Ansichten darüber auseinander, welchen Beitrag die ausgeprägte Lohnzurückhaltung der vergangenen drei Jahre zu dem kräftigen konjunkturellen Aufschwung geleistet hat, in dem sich die deutsche Wirtschaft mittlerweile befindet. War sie förderlich oder eher Hemmnis für den Aufschwung?

Der vorliegende Beitrag geht dieser Frage nach. Konkret untersuchen wir, inwieweit sich die aktuelle Hochkonjunktur in Deutschland mit der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre in Verbindung bringen lässt. Aus der Antwort auf diese Frage lassen sich nicht nur Rückschlüsse über den weiteren Konjunkturverlauf ziehen, sondern es ergeben sich auch generelle Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Lohnanstieg, gesamtwirtschaftlicher Produktionsentwicklung und Arbeitsmarkt in Deutschland. Diese sind nicht zuletzt wirtschaftspolitisch von Interesse. Einige Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik schließen denn auch den Beitrag ab.

---

der Zustand der Vollbeschäftigung als eine Situation definieren, bei der die Arbeitslosenquote in der Nähe von 5 Prozent liegt.

## Das gesamtwirtschaftliche Modell

---

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines stärkeren bzw. schwächeren Lohnanstiegs werden mithilfe eines makroökonomischen Modells für Deutschland quantifiziert (vgl. Dovern und Meier 2006, 2007). Das Modell ist um eine neoklassisch orientierte, mikroökonomisch fundierte Angebotsseite der Volkswirtschaft herum aufgebaut (vgl. Kasten 1). Es verfügt damit über ein wohl definiertes Wachstumsgleichgewicht nach Art des Solow-Modells. Langfristig konvergieren alle Größen zu diesem Gleichgewicht, in dem sie mit derselben Rate wachsen (*steady state*). Die Potentialwachstumsrate hängt langfristig allein von der Rate des technischen Fortschritts und der Wachstumsrate der Zahl der Erwerbspersonen ab. Mittelfristig spielt für sie auch die strukturelle Arbeitslosenquote in dem Sinn eine Rolle, dass bei einem Abbau (Anstieg) der strukturellen Arbeitslosigkeit das Produktionspotential auf ein höheres (niedriges) Niveau gelangt und sich während dieses Anpassungsprozesses auch das Potentialwachstum temporär beschleunigt (verlangsamt). Das Modell lässt sich als empirische Umsetzung der neoklassischen Synthese verstehen, wonach nachfrageseitige Störungen zwar kurzfristig – durch die vorübergehende Rigidität von Preisen und Löhnen – das reale Bruttoinlandsprodukt beeinflussen können, langfristig jedoch keine Effekte darauf haben sollten.

Die Nachfrageseite des Modells ist in der üblichen Weise spezifiziert, Verhaltensfunktionen beschreiben die wichtigsten Verwendungsgregate (private Konsumausgaben, Investitionen, Außenhandel etc.). Eine Besonderheit des Modells ist, dass es neben einer detaillierten Abbildung der Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland über einen rudimentären Block für den (aggregierten) übrigen Euroraum verfügt. Die Modellierung erlaubt es, die monetären Rahmenbedingungen im gesamten Euroraum und die Konjunktur im übrigen Euroraum auf einfache Weise zu endogenisieren.

*Kasten 1:*

Spezifikation der Angebotsseite des Modells

Die Modellierung der Angebotsseite folgt im Wesentlichen dem Vorschlag von Turner et al. (1996).<sup>a</sup> Das Produktionspotential  $\bar{Y}$  wird durch eine CES-Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren realer Sachkapitalbestand  $K$  und „potentielles Arbeitsvolumen (in Stunden)“  $\bar{L}$  sowie arbeitssparendem („Harrod-neutralem“) technischen Fortschritt beschrieben:

$$\bar{Y} = \left[ \delta K^{\frac{\sigma-1}{\sigma}} + (1-\delta)(\bar{L}e^{\lambda t})^{\frac{\sigma-1}{\sigma}} \right]^{\frac{\sigma}{\sigma-1}}, \quad (1)$$

wobei  $\sigma$  die Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital,  $\delta$  einen Distributionsparameter,  $\lambda$  die Rate des technischen Fortschritts und  $t$  einen Index für die Zeit bezeichnen. Das potentielle Arbeitsvolumen ergibt sich durch Multiplikation der Erwerbsbevölkerung mit der Stundenzahl je Erwerbstätigen sowie der „strukturellen“ Beschäftigungsquote; Letztere lässt sich als  $1-\bar{U}$  schreiben, wobei  $\bar{U}$  die strukturelle Arbeitslosenquote ist.

Die Unternehmen betreiben Gewinnmaximierung. Jedes Unternehmen sieht sich einer Nachfrage nach seinen Produkten gegenüber, die eine konstante Preiselastizität aufweist. Monopolistische Konkurrenz auf den Gütermärkten unterstellt, ist diese Preiselastizität größer als 1. Gewinnmaximierung erfordert dann, dass das Unternehmen soviel produziert, dass Preise zu Grenzkosten in einem bestimmten, durch die Preiselastizität der Güternachfrage determinierten Verhältnis stehen. Verhalten sich alle Unternehmen nach diesem Prinzip, so ergeben sich die folgenden gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktionen für die beiden Produktionsfaktoren (hier bezeichnen Kleinbuchstaben die Logarithmen der entsprechenden Großbuchstaben):

$$l = c_1 + y - \sigma(w - p) - (1 - \sigma)\lambda t \quad (2a)$$

$$k = c_2 + y - \sigma \frac{UC}{P}. \quad (2b)$$

Hier sind  $c_1$  und  $c_2$  zwei Konstanten,  $Y$  ist die gesamtwirtschaftliche Produktion.  $P$  ist das (Produzenten-) Preisniveau,  $W$  das Niveau der Arbeitskosten je Stunde und die Kapitalnutzungskosten  $UC$  sind definiert als  $UC = p^K (i + \delta - \Delta p^K)$ , wobei  $p^K$  den Preis der Kapitalgüter bezeichnet. Aus der Schätzung der Faktornachfragegleichungen lassen sich Schätzwerte für die beiden wichtigen Parameter der Produktionsfunktion, die Rate des arbeitssparenden technischen Fortschritts und die Substitutionselastizität, ableiten. Danach liegt  $\sigma$  in der Nähe von 0,5 und  $\lambda$  beträgt 2,2 Prozent pro Jahr.

Gewinnmaximierung erfordert zudem, dass die Unternehmen ihre Produktpreise nach Maßgabe ihrer Lohn- und Kapitalkosten entsprechend

$$p = c_3 + \delta(w - \lambda t) + (1 - \delta)uc$$

bestimmen. Die Konstante  $c_3$  bezeichnet dabei einen konstanten Gewinnaufschlag. In der empirischen Umsetzung wird allerdings, der Literatur (Turner et al. 1996, Fagan et al. 2001) folgend unterstellt, dass die Unternehmen ihren Gewinnaufschlag auf die Produktionskosten mit der Höhe der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung  $y - \bar{y}$  variieren:

$$p = c_3 + \delta(w - \lambda t) + (1 - \delta)uc + \beta(y - \bar{y}). \quad (3)$$

Die Angebotsseite des Modells wird komplettiert durch eine Lohnsetzungsfunktion, die sich aus Insider-/Outsider-Theorien oder Effizienzlohntheorien herleiten lässt (Layard et al. 1991; Manning 1993). Danach streben die Arbeitnehmer in den kollektiven Lohnverhandlungen einen Zielwert für den Reallohn an, der von der Höhe der (trendmäßigen) Arbeitsproduktivität, der Situation auf dem Arbeitsmarkt, repräsentiert durch die Arbeitslosenquote  $U$  sowie von einer Reihe von institutionellen Faktoren des Arbeitsmarktes abhängt. Zu Letzteren zählen etwa die Höhe der Lohnersatzleistungen, die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, das Ausmaß des Kündigungsschutz etc. Dem Vorgehen von Fagan et al. (2001) für den Euroraum folgend, wird von einer direkten Modellierung dieser Faktoren hier allerdings abgesehen. Stattdessen wird die von den institutionellen Bedingungen des Arbeitsmarktes abhängige strukturelle Arbeitslosenquote exogen geschätzt und für die weitere Modellierung als

gegeben betrachtet. Der Zielwert der Arbeitnehmer für den effektiven Stundenlohn  $w^b$  ergibt sich dann als ein Abschlag von der Arbeitsproduktivität, der umso höher ausfällt, je stärker die tatsächliche Arbeitslosenquote über ihrem strukturellen Niveau  $\bar{U}$  liegt:

$$w^b = p + (y - l) - \alpha(U - \bar{U}). \quad (4)$$

Für die empirische Bestimmung der strukturellen Arbeitslosenquote wird unterstellt, dass alle Veränderungen der tatsächlichen Arbeitslosenquote, die nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückgehen, struktureller Natur sind. In diesem Fall lässt sich die strukturelle Arbeitslosenquote mittels eines Hodrick-Prescott-Filters schätzen. Der Schätzung zufolge betrug die strukturelle Arbeitslosenquote in der ersten Hälfte der laufenden Dekade etwa 10 Prozent und ist seither etwas gesunken.

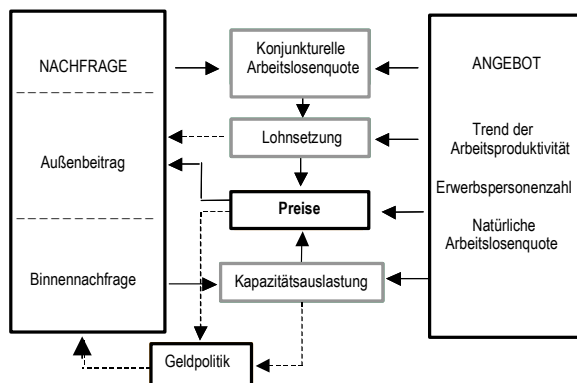
<sup>a</sup>Vgl. Carnot (2002) für eine Anwendung auf Frankreich.

Das Modell ist ein Modell des allgemeinen Gleichgewichts. Durch exogene Störungen hervorgerufene Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage lösen Relativpreisänderungen aus, die das System zurück zum Gleichgewicht bringen. Als Relativpreise fungieren der Realzins, der Indikator der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der reale Lohnsatz. Der Gleichgewichtsmechanismus ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Arbeitsmarktentwicklung, Lohnsetzung, Preissetzung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Geldpolitik (Abbildung 2). Ist etwa die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer als das Angebot, so hat dies zunächst über die Arbeitsnachfrage der Unternehmen zur Folge, dass die Arbeitslosenquote oberhalb ihres strukturellen Niveaus liegt. Daraufhin steigt der von den Arbeitnehmern angestrebte Nominallohn langsamer als in der

Basislösung, mit der Folge, dass auch die Produzentenpreise langsamer steigen. Von dort gibt es im Prinzip zwei Kanäle, über die die niedrigeren Preise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflussen können. Zum einen über die Stimulierung des Außenbeitrags aufgrund der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit, zum anderen über eine expansivere Geldpolitik, da ein geringerer Preisanstieg (und möglicherweise auch eine unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung) zu niedrigeren Zinsen im Euroraum führt; dadurch werden die Investitionen stimuliert.

Nahezu alle Parameter des Modells werden empirisch geschätzt, und zwar auf der Basis von Jahresdaten für Deutschland bzw. das frühere Bundesgebiet seit 1960 und für den übrigen Euroraum ab 1970. Das Modell ist in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit den 60er Jahren zu beschreiben. Der Fokus des Modells sind nicht die Schwankungen von Quartal zu Quartal, sondern die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung.

Abbildung 2:  
Gleichgewichtsmechanismen im Modell



Quelle: Eigene Darstellung.

## Wirkung von Lohnzurückhaltung auf die Konjunktur

Im Folgenden verwenden wir das Modell, um zu untersuchen, welche Wirkungen Variationen der Lohnsteigerungsrate auf die konjunkturelle Entwicklung haben. Konkret simulieren wir, welche Effekte sich ergeben, wenn der effektive Lohnanstieg zwei Jahre um 2 Prozentpunkte

und im dritten Jahr um 0,5 Prozentpunkte hinter dem Lohnanstieg in der Referenzlösung zurück bleibt.<sup>4</sup> Dies entspricht ungefähr den Größenordnungen der Lohnzurückhaltung, die in den Jahren 2004–2006 beobachtet werden konnten.

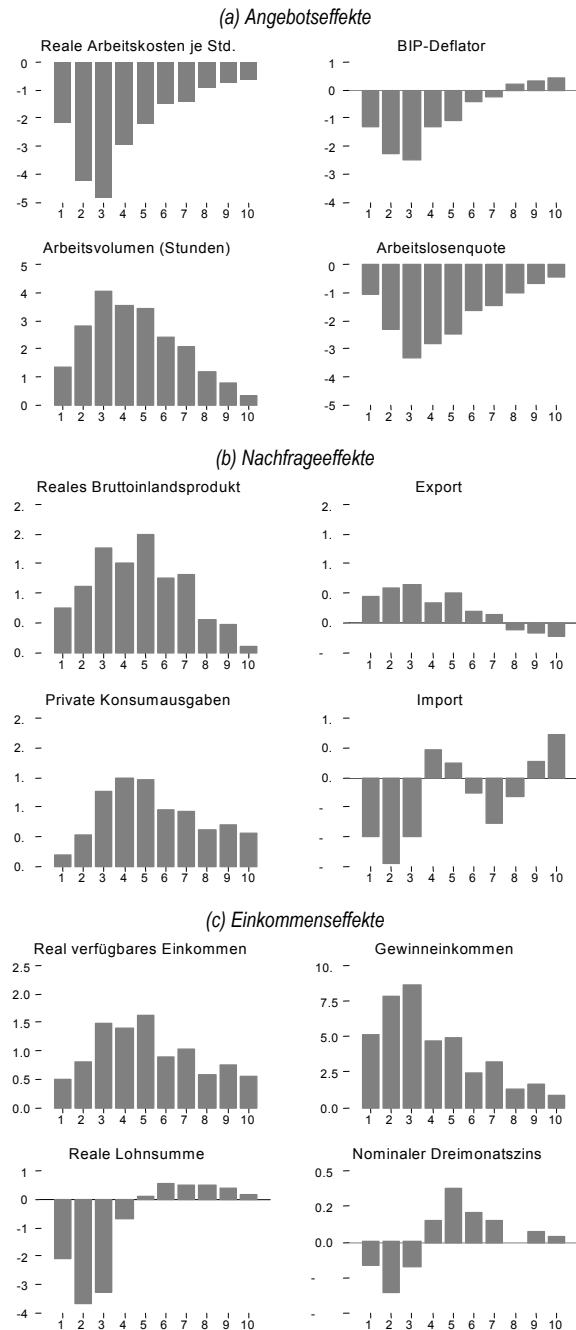
Es zeigt sich, dass von der Lohnzurückhaltung bereits im ersten Jahr ihrer Implementierung ein deutlicher Schub für Produktion und Beschäftigung ausgeht. Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt im ersten Jahr um 0,7, im zweiten um 0,4 und im dritten um 0,6 Prozentpunkte rascher als im Basisszenario (Abbildung 3a). Ausgangspunkt ist die kräftige Dämpfung des Preisauftriebs. Der Anstieg der Produzentenpreise (repräsentiert durch den Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts) steigt, infolge des Zurückbleibens der Reallöhne um 2 Prozentpunkte hinter der Basislösung, um 1,2 Prozentpunkte langsamer als im Referenzszenario.

Durch den geringeren Preisauftrieb verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, sowohl gegenüber den Handelspartnern im Euroraum als auch gegenüber der übrigen Welt; die Exporte steigen rascher, die Importe deutlich weniger stark als in der Referenzlösung (Abbildung 3b).<sup>5</sup> Der etwas geringere Preisauftrieb im gesamten Euroraum veranlasst die Europäische Zentralbank (EZB) – die modellgemäß entsprechend einer Taylor-Regel mit Blick auf die Daten für den gesamten Euroraum agiert – dazu, die Zinsen leicht zu senken (Abbildung 3c). Dies stimuliert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland und im übrigen Euroraum. Gleichzeitig regt der Rückgang der realen Arbeitskosten die Arbeitsnachfrage an; Arbeitsvolumen und Beschäftigung steigen kräftig.

<sup>4</sup> Nach den drei Jahren erfolgt die Lohnsetzung wieder wie zuvor. Da die Beschäftigung in den drei Jahren deutlich steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt, kommt es im Jahr 4 und folgenden zu kräftigen Lohn erhöhungen.

<sup>5</sup> Die Produktion im übrigen Euroraum wird durch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Partnerländer geringfügig gedämpft; dies wirkt auf Deutschland zurück, vermag den positiven Primäreffekt jedoch bei weitem nicht überzukompensieren.

Abbildung 3: Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen<sup>a</sup> drei Jahre anhaltender Lohnzurückhaltung



<sup>a</sup> Abweichungen des Niveaus der jeweiligen Variablen von der Referenzlösung im jeweiligen Jahr in Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Auf der Einkommenseite schlägt sich der durch die Lohnzurückhaltung zunächst sehr ausgeprägte Rückgang der Lohnsumme nicht in einer ähnlich starken Abnahme der real verfügba-

ren Einkommen der privaten Haushalte nieder. Die Ursache dafür ist, dass mit dem rascheren gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg eine beschleunigte Zunahme der (realen) Unternehmens- und Vermögenseinkommen einhergeht. Diese hat zur Folge, dass das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte trotz der Lohnzurückhaltung rascher steigt. Dadurch werden die privaten Konsumausgaben gestützt. Deren Anstieg bleibt zwar mit nur 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkten Differenz zur Basislösung im Jahr 1 und 2 hinter dem des Bruttoinlandsprodukts zurück; ein Einbruch der privaten Konsumausgaben wird jedoch trotz der starken Lohnzurückhaltung nicht verzeichnet.

Da eine Reihe von Größen mit Verzögerungen auf Veränderungen ihres Umfelds reagieren, wird der größte Effekt auf das Niveau des realen Bruttoinlandsprodukts erst nach fünf Jahren erreicht. Zunächst macht sich der durch die Lohnzurückhaltung ausgelöste konjunkturelle Aufschwung vor allem durch eine Verbesserung des Außenbeitrags bemerkbar, während die Binnennachfrage nur wenig rascher expandiert. Erst wenn auch die Beschäftigung stärker steigt, gehen die Auftriebskräfte graduell vom Außenbeitrag auf die inländische Verwendung über. Da annahmegemäß die Lohnpolitik ab dem Jahr 4 wieder dem üblichen Muster folgt, steigen die Löhne dann bereits wieder kräftig. Da die Produktion jedoch zunächst noch weiter aufwärts gerichtet ist, bleiben die damit verbundenen Beschäftigungseinbußen bis zum Jahr 5 gering. Erst danach verringert sich das Arbeitsvolumen wieder merklich.

### Empirische Evidenz

---

Sind die Modellergebnisse angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre plausibel? Tatsächlich lässt sich ein wesentlicher Teil der abgeleiteten Effekte im Zeitraum von 2004 bis 2006 erkennen. So war der Preisauftrieb gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts mit durchschnittlich 0,6 Prozent pro Jahr sehr gering. Die internationale preisliche Wettbe-

wehensfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbesserte sich ungeachtet der effektiven Aufwertung des Euro sehr deutlich. Entsprechend wurde der Export stimuliert und die Einfuhr gedämpft; die Zunahme des Außenbeitrags trug im Durchschnitt jedes Jahr 0,9 Prozentpunkte zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei. Die privaten Konsumausgaben stagnierten dagegen 2004 und 2005, 2006 legten sie etwas rascher, aber immer noch sehr gemäßigt zu. Auffällig stark zogen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen an. Im Jahr 2004 erhöhten sie sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 10 Prozent. Den Modellergebnissen zufolge ist die Hälfte davon auf die Lohnzurückhaltung zurückzuführen. Das Arbeitsvolumen setzte seinen Abwärtstrend, lässt man den ungewöhnlichen Kalendereffekt im Jahr 2004 außer Acht, immerhin nicht fort. Zu einem kräftigen Anstieg kam es jedoch erst 2006. All diese Effekte entsprechen in der Tendenz jenen, die vom Modell vorausgesagt wurden.

Ein ausgeprägter Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts ließ allerdings in den Jahren 2004 und 2005 auf sich warten. Der kalenderbereinigte Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts lag im Jahr 2004 bei 0,7 Prozent. Angesichts eines Potentialwachstums von etwas über einem Prozent ist dieser Wert, genauso wie der Zuwachs um 0,9 Prozent im Jahr 2005, als gering anzusehen. Erst 2006 kam es zu einer deutlichen Beschleunigung des Produktionszuwachses. Einem stärkeren Anstieg in den Jahren 2004 und 2005 könnten die Nachwirkungen der starken Vermögensverluste an den Börsen in den Jahren 2001 und 2002, der massive Ölpreisanstieg, die außergewöhnlich starke Zurückhaltung privater und gewerblicher Investoren im Baubereich und die restriktive Finanzpolitik entgegengestanden haben. Diese Effekte dürften auch dazu geführt haben, dass die Beschäftigung erst 2006 deutlich zugenommen hat. Alle diese Faktoren sind in der Modellsimulation nicht berücksichtigt, und infolgedessen reflektieren die Simulationsergebnisse eine Entwicklung, wie sie ohne die aufgezählten adversen Schocks zu erwarten gewesen wäre. Alles in allem scheint die empirische Evidenz der vergangenen drei Jahre nicht gegen die Simulationsergebnisse zu sprechen.



## Schlussfolgerungen für die Konjunktur

---

Die Simulationsergebnisse deuten darauf hin, dass Lohnzurückhaltung die Konjunktur stimuliert, und zwar nicht erst nach einigen Jahren, sondern sofort. Bei einer Lohnzurückhaltung, die sich über einen Zeitraum von drei Jahren erstreckt, verteilen sich die Effekte auf den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts über die ersten fünf Jahre nach Beginn der Lohnzurückhaltung, wobei die Anregungen in den ersten Jahren über den Außenbeitrag, später dagegen über die privaten Konsumausgaben kommen. Die im Jahr 2004 begonnene Lohnzurückhaltung dürfte somit zu einem wesentlichen Teil für den gegenwärtigen Aufschwung verantwortlich sein. Sie dürfte die Konjunktur auch im laufenden und im kommenden Jahr stimulieren. Mit dem kräftigen Beschäftigungsaufbau, der 2006 eingesetzt hat, würde der Aufschwung dabei nun vermehrt von der Ausweitung der privaten Konsumausgaben getragen, während die Zunahme des Außenbeitrags an Bedeutung verliert.

Für die weitere Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass in der Simulation unterstellt wurde, dass die Lohnpolitik nach drei Jahren deutlich zurückhaltender Lohnabschlüsse, wieder zu ihrem alten Pfad zurückkehrt. Bleibt der Lohnanstieg dagegen auch in den kommenden Jahren moderat, weil sich durch Reformen und den Druck der Globalisierung strukturelle Veränderungen am deutschen Arbeitsmarkt ergeben haben (Boss et al. 2007), dann wäre mit zusätzlichen Anregungen für Beschäftigung und Konjunktur zu rechnen.

## Implikationen für die Politik

---

Die Simulationsergebnisse legen nahe, dass die sehr moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre die Konjunktur in den kommenden Jahren stimulieren und zu einem Abbau der Ar-

beitslosigkeit beitragen wird. Die Arbeitsmarktprobleme in Deutschland sind damit freilich noch nicht gelöst. Den Simulationsergebnissen zufolge ist aufgrund der Lohnzurückhaltung der Jahre 2004 bis 2006 mittelfristig mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote um in der Spitze 3 Prozentpunkte zu rechnen. Tatsächlich dürfte der Rückgang der Arbeitslosigkeit geringer ausfallen, da der Produktionsanstieg in den Jahren 2004 und 2005 durch andere negative Effekte gedrückt worden ist. Folgte der Lohnanstieg danach wieder dem üblichen Muster, stiege die Arbeitslosigkeit dann wieder.

Eine konsequente Fortsetzung der Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre hätte dagegen das Potential, einen wesentlichen Teil der Arbeitsmarktprobleme in Deutschland zu lösen und die strukturelle Arbeitslosenquote weiter zu verringern. Dazu wäre es notwendig, dass der Tariflohnanstieg so lange hinter der Summe aus Produktivitätswachstum und Preisanstieg zurück bliebe, wie die Arbeitslosigkeit über dem angestrebten strukturellen Niveau liegt. Ein weiterhin niedriger Tariflohnanstieg ergäbe zusammen mit einer den Erfordernissen des jeweiligen Arbeitsmarktsegments angepassten effektiven Entlohnung die wünschenswerte Differenzierung des Lohnniveaus nach Qualifikation, Branche und Region.

Ein Einwand gegen eine Strategie der Lohnzurückhaltung in Deutschland zum Abbau der Arbeitslosigkeit lautet, dies sei keine langfristige Option, da dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Partner im Euroraum (oder auch im Rest der Welt) verringerte und deren Produktionszuwachs gedämpft würde. Diese Befürchtung übersieht jedoch, dass im Falle einer Dämpfung der Produktion im übrigen Euroraum der Preisaufruf dort nachließe und die EZB die Zinsen senken und so die Produktion stabilisieren würde. Alternativ könnten sich die Partner im übrigen Euroraum entscheiden, selbst durch Reformen am Arbeitsmarkt für Lohnzurückhaltung zu sorgen und so den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu vermeiden – in einigen Ländern ist dafür angesichts hoher struktureller Arbeitslosigkeit durchaus Potential. Auch dann käme es in Deutschland (und nun auch im übrigen Euroraum) zu positiven

Effekten auf Produktion und Beschäftigung, da die EZB nun die Zinsen stärker senken würde als bei Lohnzurückhaltung allein in Deutschland.<sup>6</sup>

Man mag dies als Aufruf an die Arbeitnehmer verstehen, die Lohnforderungen in der laufenden Tarifrunde moderat zu halten. Ein dauerhafter Abbau der Arbeitslosigkeit lässt sich allerdings nicht durch Appelle an die Tarifparteien erzielen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie ihre jeweiligen Vertreter orientieren sich an den Rahmenbedingungen, die ihnen die Wirtschafts- und Sozialpolitik setzt. Es ist Sache

der Politik, diese Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf das Niveau in den Nachbarländern sinkt. Konkret bedeutet dies, die Reformen in den Bereichen Steuern und Abgaben sowie soziale Sicherung fortzusetzen, mit dem Ziel, die Relation aus dem Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Einkommen aus Nichterwerbstätigkeit (Transfereinkommen) anzuheben. Dies würde die Arbeitsanreize erhöhen und den Lohnanstieg dämpfen, mit der Folge das die Arbeitslosigkeit weiter sänke.

## Literatur

---

- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007). Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland. Kieler Diskussionsbeiträge 441/442. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. In Vorbereitung.
- Carnot, N. (2002). MANEGE: A Small Macro-economic Model of the French Economy. *Economic Modelling* 20 (2002): 69–92.
- Dovern, J. und C.-P. Meier (2006). Macroeconomic Aspects of Structural Labor Market Reforms in Germany. Kieler Arbeitspapiere 1295. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Dovern, J., und C.-P. Meier (2007). „D<sup>+</sup>“ – ein makroökonomisches Modell für Deutschland. Kieler Arbeitspapiere. In Vorbereitung.
- IMF (1999). Chronic Unemployment in the Euro Area: Causes and Cures. *World Economic Outlook* (April): 88–121.
- Layard, R., und S. Nickell (1999). Labor Market Institutions and Economic Performance. In O. Ashenfelter und D. Card (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*. Vol. 3. Amsterdam.
- Layard, R., S. Nickell und R. Jackman (1991). *Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market*. London.
- Ljungqvist, L., und T.J. Sargent (1998). The European Unemployment Dilemma. *Journal of Political Economy* 106 (3): 514–550.
- Manning, A. (1993). Wage Bargaining and the Phillips Curve: The Identification and Specification of Aggregate Wage Equations. *The Economic Journal* 103 (January): 98–118.
- Nickell, S. (1998). Unemployment: Questions and some Answers. *The Economic Journal* 108 (May): 802–816.

---

<sup>6</sup> Generell ist Kritikern, die im Zusammenhang mit Lohnzurückhaltung von einer „Beggar-thy-Neighbour-Policy“ sprechen entgegenzuhalten, dass sie verkennen, dass der Kanal über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit stets nur einer von zwei Kanälen ist, über den die gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozesse verlaufen können. Der zweite Kanal ist die Geldpolitik. Und je weniger der eine Kanal zur Verfü-

---

gung steht, um so mehr wird der andere beansprucht; selbst im Extremfall einer geschlossenen Volkswirtschaft lässt sich strukturelle Arbeitslosigkeit durch Lohnzurückhaltung vermindern. Aufgrund unterschiedlicher Elastizitäten werden die Anpassungsprozesse zum neuen Gleichgewicht je nach Anpassungskanal unterschiedlich verlaufen. Das langfristige Ergebnis ist jedoch in beiden Fällen identisch.

- Phelps, E.S. (1997). Comment on Blanchard. *Brookings Papers on Economic Activity* (2/1997): 148–155.
- Phelps, E.S., und G. Zoega (1998). Natural-Rate Theory and OECD Unemployment. *Economic Journal* 108 (5): 782–801.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004). *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Wiesbaden.
- Turner, D., P. Richardson und S. Rauffet (1996). Modelling the Supply Side of the Seven Major OECD Economies. Economics Department Working Papers 167. Organisation for Economic Co-Operation and Development, Paris.